

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 16.01.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:45 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Elisabeth Krausbeck 90/DIE GRÜNEN	BÜNDNIS	
Herr Dr. Bernd Wiegand	OB	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	anwesend ab 17:30 Uhr
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	anwesend bis 17:45 Uhr
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Manfred Sommer für Halle	MitBÜRGER	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Lutz Müller	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	
Frau Birgitt Berthold	SKE	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	
Frau Katrin Flint	Verwaltung	
Frau Renee Fischer	Verwaltung	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	vertritt Herrn Dr. Fikentscher ab 18:10 Uhr
Frau Beate Fleischer	FDP	vertreten durch Herrn Andreas Hajek
Herr Christoph Bernstiel	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde **von Frau Elisabeth Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Frau Krausbeck stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, übergab das Wort zur Tagesordnung Frau Ruhl-Herpertz. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, informierte den Ausschuss vorab zum Prozess der versandten Tagesordnung. Der Antrag von Herrn Scholtyssek, CDU-Fraktion, zur Erstellung einer Hochwasserschutzkonzeption, ist fristgerecht in der Verwaltung eingegangen. Die Verwaltung konnte allerdings erst nach den Betriebsferien Kenntnis davon erlangen.

Des Weiteren führte Frau Ruhl-Herpertz an, den Punkt 4.1 Änderung des Konzessionsvertrages über die öffentliche Versorgung mit Wasser und den Punkt 4.2 Änderung des Konzessionsvertrages über die Abwasserbeseitigung für den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten wegen „Nichtzuständigkeit“ zurückzunehmen.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, schlug vor, den Antrag von Herrn Scholtyssek aufgrund der fristgerechten Einreichung auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau Krausbeck erklärte, die Tagesordnung vom 22.12.2013 unter Berücksichtigung des Antrages von Herrn Scholtyssek unter 5.4 i.V.m. Punkt 5.1 zu behandeln.

Frau Krausbeck teilte mit, dass der Punkt 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2013 zu vertagen ist, da die Niederschrift noch nicht zugegangen ist.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

**Frau Krausbeck** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften
  - 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 14.11.2013
  - 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2013 **abgesetzt**
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1 Änderung des Konzessionsvertrages über die öffentliche Versorgung mit Wasser  
Vorlage: V/2013/11991 **nicht zuständig**

- 4.2 Änderung des Konzessionsvertrages über die Abwasserbeseitigung  
Vorlage: V/2013/11980 **nicht zuständig**
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013  
Vorlage: V/2013/12112
  - 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der sicheren Nutzbarkeit des öffentlichen Straßenraums  
Vorlage: V/2013/12206
  - 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sanierung der Brunnengalerie in Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2013/12192
  - 5.4 Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Erstellung einer Hochwasserschutzkonzeption  
Vorlage: V/2014/12378
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
  - 7.1 Baumfällliste
  - 7.2 Vortrag „zur Einführung des BOS-Digitalfunks“ von Herrn ORR Dr. Alexander Teggatz, Ministerium für Inneres und Sport
  - 7.3 Mitteilung zum Pilotprojekt „Sammlung von Elektrokleingeräten über spezielle Container“
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschriften**

---

#### **zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 14.11.2013**

---

Zur Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung vom 14.11.2013 bat **Herr Misch, CDU-Fraktion**, um Korrektur seiner Aussage im Zusammenhang mit der Diskussion zum Haushalt des Fachbereichs Umwelt, Abt. Stadtgrün auf S. 5 der Niederschrift. Anstelle der Aussage „Er vertrat die Auffassung, dass hier ein Bürgerentscheid durchgeführt werden sollte, er möchte nicht, dass die Grünflächen durch sinkende Finanzansätze „verlottern“, habe er gesagt, dass man den Bürgern im Rahmen des Bürgerhaushalts vorab sagen solle, welche Auswirkungen solche Kürzungen haben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Der Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung vom 14.11.2013 wurde zugestimmt.

#### **zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 05.12.2013**

---

Die Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung vom 05.12.2013 ist den Ausschussmitgliedern noch nicht zugegangen. Der Punkt 3.2 wurde daher vertagt.

**zu 4      **Beschlussvorlagen****

---

**zu 4.1      **Änderung des Konzessionsvertrags über die öffentliche Versorgung mit Wasser****  
****Vorlage: V/2013/11991****

---

Der Punkt 4.1 wurden von Frau Ruhl-Herpertz aufgrund der Nichtzuständigkeit für den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zurückgenommen.

**Abstimmungsergebnis:** nicht zuständig

**Beschlussvorschlag:**

Der Änderung des Konzessionsvertrags über die öffentliche Versorgung mit Wasser wird zugestimmt.

**zu 4.2      **Änderung des Konzessionsvertrags über die Abwasserbeseitigung****  
****Vorlage: V/2013/11980****

---

Der Punkt 4.2 wurden von Frau Ruhl-Herpertz aufgrund der Nichtzuständigkeit für den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zurückgenommen.

**Abstimmungsergebnis:** nicht zuständig

**Beschlussvorschlag:**

Der Zweiten Änderung des Konzessionsvertrags über die Abwasserbeseitigung wird zugestimmt.

## zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

zu 5.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung des Hochwasserberichtes 2013**  
Vorlage: V/2013/12112 i.V.m.

5.4 **Antrag des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Erstellung einer Hochwasserschutzkonzeption**  
Vorlage: V/2013/12378

---

**Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, erklärte, dass es sinnvoller wäre, wenn die Verwaltung eine Konzeption zum Hochwasserschutz in Hinblick künftiger Sicherung erstellen würde, anstatt den Hochwasserbericht von 2013 zu ergänzen. Das Konzept sollte untermauern, welche baulichen Schutzmaßnahmen getroffen werden sollten zum Schutz der Bürger vor Hochwasser und inwiefern Auswirkungen eines Hochwassers minimiert werden können.

**Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, schlug vor, beide Anträge zu beschließen. Was in Hinblick auf den Hochwasserschutz getan werden muss, müsse die Stadtverwaltung prüfen und daneben auch, welche Fragen sich für den Hochwasserbericht als Auswertung stellen. Der zweite Punkt des Antrags bezwecke die Offenlegung der Auswertung und der Planungen für die Zukunft gegenüber den Bürgern.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, erwähnte, dass der Gimritzer Damm erst nach dem Hochwasserereignis 2011 in die Zuständigkeit des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW) übergegangen sei. In dem Zusammenhang fragte er nach, wer für die anderen Bereiche (u.a. MMZ, Talstraße) zuständig sei, welche Unterstützung hier den Bürger gegeben werde, wenn z.B. im Falle eines Hochwasserereignisses wichtige Ver- und Entsorgungsmedien ausfallen. Auch er schlug vor, über beide Anträge abzustimmen und die Verwaltung kläre, bis wann Forderungen aus diesen Anträgen umgesetzt werden können. Sie solle dazu Zwischenbericht im Ausschuss geben.

**Herr Dr. Köck, DIE LINKE.**, erklärte unter Bezugnahme auf den TOP 5.4, dass deutlich unterschieden werden müsse, was unter „Hochwasserschutzkonzeption“ zu verstehen sei: zum einen –welche Maßnahmen im Falle eines Hochwassers ergriffen werden müssen und zum anderen umfasse das auch bauliche Aspekte (Stichwort Bauleitplanung), um die Gefährdung bestimmter Bereiche gar nicht erst eintreten zu lassen (MMZ).

**Herr Scholtyssek** wollte die Position der Verwaltung zu seinem Antrag wissen.

**Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, erklärte dazu, dass dies eine sehr große und umfassende Aufgabe darstelle, die von der Vielfältigkeit und Strategie her allein vom Fachbereich Umwelt nicht leistbar sei. Erste Berichte der AG Hochwasser seien möglich.

**Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister**, fasste zusammen, dass diese Aufgabe stadtübergreifend zu sehen sei, federführend sei der Fachbereich Umwelt.

Zunächst erbat Frau Krausbeck das Votum der sachkundigen Einwohner. Für den Antrag der Fraktion Bündnis 90 /DIE GRÜNEN stimmten 4 zu bei 2 Enthaltungen.

**Abstimmungsergebnis:** zugestimmt bei 4 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Berichterstattung zu dem Hochwasserereignis 2013 in Halle vom September 2013 (vgl. Informationsvorlage V/2013/12026) zu ergänzen. Die Ergänzung soll insbesondere folgende Aspekte umfassen:
  - Auswertung inwieweit Maßnahmen umgesetzt wurden, die bereits im Hochwasserbericht 09/2011 als notwendig erachtet wurden
  - mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Koordination des Einsatzes von freiwilligen Helfern
  - Darstellung aus Sicht der Stadt erforderlicher Hochwasserschutzmaßnahmen im gesamten Stadtgebiet von Halle
  - kartografische Darstellung hochwassergefährdeter Bereiche und Hochwasserrisikogebiete in Halle
  - mögliche Auswirkung Hochwasserereignisse auf Bebaubarkeit und Ansiedlungsprojekte in gefährdeten Bereichen
  - Rückbauprojekte
  - Darstellung der Auswirkungen des Hochwasserereignisses auf das Grundwasser
  - Stand und Notwendigkeiten der Einbeziehung der Stadt in landes- und länderübergreifende Maßnahmenplanungen
  - Vorschlag für eine regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen in Halle
  
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwurf des ergänzten Hochwasserberichtes in öffentlichen Veranstaltungen und im Rahmen einer internetgestützten Konsultation zur Diskussion zu stellen.

Für den Antrag von Stadtrat Herr Scholtyssek stimmten 5 sachkundige Einwohner zu bei 1 Enthaltung.

**Abstimmungsergebnis:** zugestimmt bei 4 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich ein umfassendes Hochwasserschutzkonzept für die Stadt Halle (Saale) zu entwickeln. Das Konzept benennt u.a. konkrete Ziele, zur Umsetzung erforderliche Maßnahmen und die damit verbundenen Kosten. Über den aktuellen Umsetzungsstand der Projekte werden die Gremien des Stadtrates regelmäßig unterrichtet.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der sicheren Nutzbarkeit des öffentlichen Straßenraums  
Vorlage: V/2013/12206**

---

**Frau Berthold, sachkundige Einwohnerin**, stellte den Antrag vor. Vor allem in der südlichen Innenstadt und im Paulusviertel in den Kreuzungsbereichen sei festzustellen, dass eine Überquerung von Straßen für Schwächere, wie Kinder, Ältere, Eltern mit Kinderwagen, Rollstuhlfahrer etc., sich als schwierig darstellt. Sie bat um Überprüfung, inwiefern eine sichere Überquerung der Straßen für Schwächere möglich ist. Ziel sei die Erstellung eines Berichts dazu. Sie übergab dem Ausschuss eine Reihe von Bildern mit zugeparkten Kreuzungen und Verkehrsverstößen an einem Tag im Paulusviertel.

**Herr Möbius, Verwaltung**, erklärte, den Antrag im November zur Kenntnis erhalten zu haben. Es wurden bereits erste Pläne besprochen. Eine exemplarische Einschätzung der Verkehrssituation auch aus Sicht des Unfallgeschehens soll ganz klar erfolgen. Man werde auch Erfahrungen aus Leipzig mit einbeziehen.

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, äußerte zu den herübergereichten Bildern, dass auf diesen Verkehrsverstöße dargestellt seien, hier sei der Fachbereich Sicherheit zuständig. Auch könne man hier nicht einmal Prüfaufträge seitens des Stadtrates erteilen. Er wies auf die Duplizität des Antrages hin, da sowohl der FB Sicherheit, wie auch der FB Planen zuständig seien.

**Herr Müller, Verwaltung**, untermauerte, dass der FB Sicherheit und der FB Planen bei dieser Thematik zusammen arbeiten.

**Herr Köck, Fraktion DIE LINKE.**, äußerte in Richtung Herrn Möbius, dass bei der Konzepterstellung an ältere Menschen gedacht werden sollte, z.B. mit baulichen Zwischenlösungen bei einem zu langen Fußgängerüberweg.

**Frau Schöps, sachkundige Einwohnerin**, äußerte, dass alle im Ausschuss den Antrag verstanden haben und bat um Abstimmung des Antrages.

Zunächst erbat Frau Krausbeck das Votum der sachkundigen Einwohner.  
Für den Antrag der Fraktion Bündnis 90 /DIE GRÜNEN stimmten 4 zu bei 2 Enthaltungen.

**Abstimmungsergebnis:** zugestimmt, bei 1 Enthaltung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im 3. Quartal 2014 darüber zu berichten, inwiefern der öffentliche Straßenraum in den städtischen Wohnquartieren und Stadtvierteln von allen NutzerInnengruppen, jedoch insbesondere von schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und -nehmern, unter besonderer Berücksichtigung der Kreuzungs- und Knotenpunkte sicher genutzt werden kann.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sanierung der  
Brunnengalerie in Halle-Neustadt  
Vorlage: V/2013/12192**

---

**Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, stellt dem Ausschuss den Antrag vor. Sie bittet die Verwaltung, jetzt ein Maßnahmenkonzept zu erstellen, damit die Beantragung von Fördermitteln rechtzeitig möglich sei. **Herr Knöchel, DIE LINKE.**, fragte nach, wie der Stand der Umsetzung der in der Ausschusssitzung vom März 2013 von der Verwaltung vorgestellten zwei Projekten zur Grundwasserhaltung sei. **Herr Dr. Köck, DIE LINKE.**, ergänzte, dass das eng damit zusammenhänge, was für ein Damm an dieser Stelle errichtet werde. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, verwies auf das Internet, dort seien die offiziellen Unterlagen zur Hochwasserschutzanlage abrufbar ([www.gimritzer-damm.de](http://www.gimritzer-damm.de)). Herr Dr. Wiegand bestätigte, dass die Frage erst dann beantwortet werden könne, wenn das Land den Gimritzer Damm gebaut habe. **Frau Krausbeck** erklärte, dass Ziel des Antrages sei, dass die Verwaltung bis zum 30. April 2014 ein Konzept vorlege.

Dann bat sie um Abstimmung zum Antrag.

Zunächst bat sie die sachkundigen Einwohner um ihr Votum:  
Für den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten 4 zu, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung.

**Abstimmungsergebnis:** 4 Zustimmungen, 3 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 30.04.2014 ein Maßnahmenkonzept zur Sanierung der Brunnengalerie Halle-Neustadt vorzulegen, so dass eine Beantragung von Mitteln nach der Richtlinie des Landes über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Beseitigung oder Minderung von sowie Vorbeugung gegen Vernässungen oder Erosion ermöglicht wird. In dem Maßnahmenkonzept sind die Erfahrungen aus den Hochwasserereignissen 2013 insbesondere im Hinblick auf die Einsatz- und Leistungsfähigkeit der Brunnengalerie zu berücksichtigen.

## zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

## zu 7 Mitteilungen

---

### zu 7.1 Baumfällliste

---

Die Liste wurde zur Kenntnis genommen. Es gab keine Anfragen dazu.

### zu 7.2 Vortrag " zur Einführung des BOS-Digitalfunks" von Herrn ORR Dr. Alexander Teggatz, Ministerium für Inneres und Sport

---

**Herr Teggatz, Ministerium für Inneres und Sport**, präsentierte dem Ausschuss unter Verwendung einer Power-Point-Präsentation die Einführung des BOS-Digitalfunks. Einführend verdeutlichte Herr Teggatz anhand von Kartenmaterial den derzeitigen Stand an eingeführten, installierten und noch nicht fertig gestellten landesweiten und regionalen Digitalfunknetzen. In Deutschland betrifft der Netzaufbau 89%. Vor allem in der Harzregion gibt es derzeit noch kein Digitalfunknetz. Bis Ende 2014 soll die Einführung des BOS-Digitalfunks abgeschlossen sein. Derzeit sind 19748 Endgeräte bei den BOS im Land in Gebrauch, welcher nicht nur durch die Polizeibehörden, sondern auch vom Rettungsdienst u. a. nichtpolizeilichen Nutzern verwendet wird. Für Halle wird die Digitalfunkanschaltung für das 4. Quartal 2014 angestrebt. Der Gesetzesentwurf zum Digitalfunk in Sachsen-Anhalt befindet sich in finaler Abstimmung der Behörden und Organisationen mit den Sicherheitsbeauftragten im Land Sachsen-Anhalt.

#### Zu dem Vortrag ergaben sich folgende Fragen:

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, erkundigte sich nach den Sicherheitsgegebenheiten der Basisstationen bei Hochwasser. **Herr Teggatz** führte aus, dass die Verantwortung beim Bund liegt. Die Basis- und auch die Zwischenstationen wurden aber in der Planung so konstruiert bzw. stellen bis zu einem gewissen Grad sicher, dass eine Weiterführung des Digitalfunks auch bei Hochwasser möglich ist. Notfalls gibt es an den Basisstationen Notstromaggregate, welche für die Aufrechterhaltung des Digitalfunks sorgen.

**Herr Fuchs, sachkundiger Einwohner**, erkundigte sich hinsichtlich der Sicherheit des Digitalfunknetzes. **Herr Teggatz** versicherte, dass hier ein deutlich höherer Schutz gegeben ist im Vergleich zum Analogfunk.

Weitere Fragen zu dem Vortrag ergaben sich nicht.

### zu 7.3 Mitteilung zum Pilotprojekt „Sammlung von Elektrokleingeräten über spezielle Container“

---

Die Unterlagen zum Pilotprojekt sind allen Ausschussteilnehmern zugesandt wurden. Der Punkt wurde zur Kenntnis genommen.

**Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung**, informierte über stattfindende Pflegemaßnahmen in den Klausbergen. Diese stehen in Übereinstimmung mit dem Schutzzweck des Pflege- und Entwicklungsplanes. Die Nachfrage von **Frau Schöps, sachkundige Einwohnerin**, ob hierzu Informationstafeln für die Bürger aufgestellt werden, bejahte Frau Ruhl-Herpertz.

### zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

1. **Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE.**, fragt, ob die Verwaltung die Fußgängerampelschaltung an der Haltestelle „An der Schwimmhalle“ überprüfen könnte, da die Grünphase zu kurz ist und ob eine übereinstimmende Taktung mit der Ampelschaltung der Straßenbahn erfolgen könnte.
2. **Frau Krischok, sachkundige Einwohnerin**, fragte
  - a) Nach welchen Prinzipien werden Anträge auf Sondernutzung bewilligt, z. Bsp. Obere Leipziger Straße -> Stellen von Auslagen, Tischen etc. in den Fußgängerbereich?
  - b) Wann erfolgt eine Antwort der Verwaltung bezüglich ihrer Anfrage aus der Ausschusssitzung vom 14.11.2013 zum Füttern von Nutrias sowie aus der Sitzung vom 5.12.2013 zur Verfügung Stellen von Plätzen für Landfahrer?
  - c) Werden alle Tischvorlagen in Session eingestellt und wo sind diese auffindbar?
3. **Herr Fuchs, sachkundiger Einwohner**, fragte nach den Entsorgungsmodalitäten (Zuständigkeit, zeitl. Festlegung) von Silvesterrückständen in Halle-Neustadt, speziell im Bereich der Lise-Meitner-Straße. Eine Konkretisierung der Frage wird er der Verwaltung zukommen lassen.
4. **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion**, fragte, ob in diesem Jahr ein Jahrmarkt an der Eissporthalle stattfinden wird. Hat die Stadtverwaltung Ausweichplätze für Jahrmärkte? Erhält die Stadt durch die Abgabe der Fläche an der Eissporthalle an den LHW einen finanziellen Ausgleich?
5. **Frau Schöps, sachkundige Einwohnerin**, wies darauf hin, dass die Radwegmarkierung in der Bernburger Straße nicht mehr deutlich erkennbar ist. Sie möchte von der Verwaltung wissen, ob eine Erneuerung der Fahrbahnmarkierung erfolgt und wenn ja, wann dies geschehen wird.
6. **Frau Berthold, sachkundige Einwohnerin**, erkundigte sich, ob die im Zuge von Straßensanierungen in der Berliner Straße weggefallenen Fußgängerüberwege

wiederhergestellt werden. Es betrifft den Fußgängerüberweg Höhe „Kathi“ und den Fußgängerüberweg kurz vor der Einmündung Apoldaer Straße.

7. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte zu dem Punkt 7.3 der TO ob die Finanzierung, Rentabilität näher erläutert werden könnte. Frau Ruhl-Herpertz wies auf ein Pilotprojekt hin und versicherte, dass über die Resultate später berichtet werde.

## zu 9      Anregungen

---

**Herr Misch, CDU-Fraktion**, regte an, die Einladungen zu den Ausschusssitzungen mit einem Datum zu versehen. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, antwortete, dass eine Weitergabe an die Geschäftsstelle Stadtrat erfolgt.

*Anmerkung: das jeweilige Erstellungs-bzw. Änderungsdatum steht immer jeweils unten rechts (bei mehrseitiger Einladung auf der letzten Seite. Warum das so ist, ergibt sich aus der Gestaltung der Schreiben im Sessionet.*

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 18:58 geschlossen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.02.14

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Elisabeth Krausbeck  
Ausschussvorsitzende

---

Katrin Flint  
Protokollführerin